

Ich glaube auch, dass Sie völlig falsch liegen, was die Notwendigkeit dieser Datei angeht. Ein Defizit, das uns mit der Entdeckung der NSU-Zelle wirklich vor Augen geführt worden ist, ist, dass es zu wenig Kommunikation und zu wenig Informationsaustausch über alle Sicherheitsbehörden in Deutschland hinweg gegeben hat, und das auch vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass der Rechtsextremismus bei Weitem kein überwiegend regionales Phänomen mehr ist, sondern sich zunehmend national und international vernetzt.

Deshalb ist es wichtig, die Erkenntnisse über Rechtsextremisten in den jeweiligen Bundesländern in einer Datei zusammenzutragen, damit ein vollständiger Überblick über diese Szene existiert. Herr Schatz, ich sage es Ihnen ganz deutlich: Das hat nichts mit einer Paranoia der Sicherheitsbehörden zu tun. Ich finde, es gehört zum Respekt gegenüber den Angehörigen der Opfer der NSU, dass wir aus den Fehlern lernen und sie konsequent beseitigen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Theo Kruse [CDU])

Ich finde die Wortwahl „Paranoia“ völlig übertrieben und unangemessen.

Sehr verehrte Damen und Herren, im August ist dieses Gesetz als ein Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene verabschiedet worden. Nur Nordrhein-Westfalen hat keine ausreichende gesetzliche Grundlage, diese Datei tatsächlich zu beliefern. Deshalb ist es jetzt erforderlich, diese Gesetzesänderung vorzunehmen, auch wenn das Bundesverfassungsgericht gegenüber dieser Datei – ich sage es deutlich – kritische Töne an den Tag gelegt hat. Wenn es in diesem Extremismus-Datei-Gesetz Änderungsbedarf gibt, ist es zuallererst Aufgabe des Bundes, dem zu begegnen. Das stellt nicht infrage – egal, wie die Datei in Zukunft aussehen wird –, dass Nordrhein-Westfalen sie beliefern wird.

Ich fand die Diskussion im Innenausschuss sehr sachlich. Ich hoffe, dass auch hier im Parlament eine breite Zustimmung zu diesem Gesetz erfolgt. Die Piratenpartei mag ihre eigene Position dazu haben, aber, Herr Dr. Orth: Wenn die fehlende Beteiligung des Datenschutzbeauftragten Sie bisher an der Zustimmung gehindert hat, dann darf ich Ihnen sagen, dass Ihre Darstellung falsch ist. Der Datenschutzbeauftragte ist an diesem Gesetzgebungsverfahren beteiligt worden und hat keinerlei Bedenken dagegen niedergelegt. Ich hoffe, dass dieser ergänzende Hinweis, diese Aufklärung Sie dazu bewegt, diesem wichtigen Gesetz auch tatsächlich beizutreten.

Als Letztes, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich noch einen Satz an Herrn Kruse richten. Sie haben behauptet, dass mein Vorvorgänger, Herr Dr. Behrens, nach diesem fürchterlichen Anschlag auf der Keupstraße einen rechtsterroristischen Anschlag ausgeschlossen hätte. So war

Ihre Wortwahl, Herr Kruse. Ich schätze Sie sehr, Herr Kruse, als einen sachlichen Kollegen in der Innenpolitik, bei der wir nicht immer einer Meinung sind, aber uns bisher sachlich ausgetauscht haben.

Wenn man sich nur einmal in Erinnerung ruft, was Fritz Behrens im Bereich des Rechtsextremismus bis zum Jahre 2005 in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht hat, und wenn man ihn kennt, weiß man um seine Haltung, was Rechtsextremismus angeht. Ihm zu unterstellen, er hätte Ermittlungen in diese Richtung ausgeschlossen, ist, wie ich finde, Herr Kruse, ehrenrührig. Ich fordere Sie auf, eine solche Unterstellung erstens zu unterlassen und zweitens zurückzunehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Wir sind am Schluss der Beratungen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1582**, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1183 unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Abstimmungsempfehlung? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Teile der CDU. Wer ist dagegen? – Das sind die Piraten. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP. Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU **angenommen** und damit der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 9 Rot-grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1621

Ich eröffne die Beratung. – Für die antragstellende Fraktion hören wir nun Herrn Kollegen Busen. Bitte schön.

**Karlheinz Busen (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weihnachtsbäume sind keine normale Ware. Weihnachtsbäume sind das gesellschaftsübergreifende Symbol für unser Weihnachtsfest.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch die Menschen, für die Weihnachten nicht mehr ein religiöses Fest im klassischen Sinne ist, legen zumeist Wert auf einen Weihnachtsbaum.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Oder auf die Weihnachtsgans!)

Der mit Kerzen geschmückte Christbaum ist und bleibt das zentrale Element der familiären christlichen Weihnachtsfeier.

In vielen Regionen Nordrhein-Westfalens ist es bis heute üblich, als Vorbereitung auf das Weihnachtsfest mit der ganzen Familie zu einem nahe gelegenen Weihnachtsbaumforst zu ziehen, gemeinsam einen Baum auszuwählen und gegebenenfalls zu schlagen. Gerade für die Kinder ist dies ein wichtiger und sehr schöner Auftakt zum Fest der Freude.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der von Rot-Grün geplante Eingriff ins Forstgesetz wird diese Tradition beenden. Weihnachtsbäume künftig einer Waldumwandlungsgenehmigung zu unterwerfen mit dem Ziel, diese auf die ohnehin knappen landwirtschaftlichen Flächen zu verdrängen, wird den Weihnachtsbaum beim Bauern um die Ecke verschwinden lassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wegen der vorweihnachtlichen Medienberichterstattung über Pestizide bei Weihnachtsbäumen im letzten Jahr zeigen Sie seit geraumer Zeit einen völlig überflüssigen Aktionismus und erwecken den Eindruck, die in Waldflächenkulturen angepflanzten Tannen seien Parasiten, die den übrigen Wald schädigen. Alle Bäume sind Bäume und gehören in den Wald.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN: Alle Bäume sind Bäume, ja!)

Die kleinen Weihnachtsbaumanpflanzungen, die in ganz Nordrhein-Westfalen typisch sind, stören weder das Landschaftsbild, noch stellen sie ein Problem für die Umwelt dar.

(Zuruf von den PIRATEN: Doch!)

Selbstverständlich liegen Weihnachtsbaumkulturen in Wäldern auch nach gegenwärtiger Gesetzeslage nicht in einem rechtsfreien Raum.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN)

Waldflächen sind nach dem Landesforstgesetz stets nachhaltig und ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Den Waldbesitzern in Nordrhein-Westfalen liegt der Wald ebenso am Herzen wie dem Parlament.

(Beifall von der FDP)

Ihr Aktionismus soll nun ein Problem lösen, das es – abgesehen von regionalen Auswüchsen im Sauerland – gar nicht gibt. Aber auch dort findet inzwischen ein Umdenken statt. Sie bringen wegen einiger schwarzer Schafe die ganze Branche in Misskredit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Folge des unnötigen Eingriffs wird sein, dass Weihnachtsbäume zukünftig in großem Stil aus

Osteuropa oder Skandinavien importiert werden, statt dass traditionell beim Bauern um die Ecke regional ein Baum gekauft wird.

(Beifall von der FDP)

Wo und unter welchen Bedingungen diese Bäume angebaut werden, entzieht sich dann im Regelfall der Kenntnis der Verbraucher, genauso wie es bei der Herstellung der Biokartoffeln in der ägyptischen Wüste ist, von der ich an dieser Stelle schon vor einigen Wochen berichtet habe.

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Herr Minister Rimmel, Sie lassen immer mehr den gesunden Menschenverstand für naturnahes Handeln vermissen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die einzigen Bäume, bei denen alle im Wald lebenden Vogelarten im Winter Schutz suchen können, sind die Nadelgehölze, sprich: unsere Weihnachtsbäume. Ich fordere Sie daher auf, die Pläne zur flächendeckenden Verdrängung des Weihnachtsbaumes aus dem heimischen Forst fallen zu lassen. Ein solcher Eingriff wäre das traurige Ende einer Tradition in Nordrhein-Westfalen. Er wäre Gift für das Klima und die Umwelt und würde die Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen benachteiligen, die seit Generationen für Nachhaltigkeit und Naturschutz steht. Legen Sie konkrete Pläne vor, die die Probleme wirklich an der Wurzel packen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie um etwas mehr Ruhe bitten. Es ist relativ laut. Anscheinend erhitzt das Thema die Gemüter. – Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Frau Watermann-Krass. Bitte schön.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

**Annette Watermann-Krass (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Man muss an dieser Stelle zunächst einmal sagen, um was es geht. Weihnachten steht vor der Tür. Ein Baum muss her. Der Antrag der FDP geht davon aus: Das ist Tradition, das ist Brauchtum, wie Herr Busen gerade ausgeführt hat. Das ist schön und gut, Herr Busen.

(Zurufe von der FDP)

Ich glaube aber nicht, dass die Mehrzahl der Menschen ihren Baum beim Bauern um die Ecke kauft, in den Wald geht und den Baum schlägt. Die Bäume werden vor allen Dingen im Baumarkt oder im Gartencenter zum Schnäppchenpreis erworben.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU] – Zurufe von der FDP)

– Ja, ich weiß, es ist hochemotional.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Laumann, auch für Sie nenne ich jetzt einmal Zahlen.

26 Millionen Weihnachtsbäume werden jährlich in Deutschland verkauft. Jeder zweite Baum kommt dabei aus dem Sauerland, aus Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat 18.000 Hektar land- und forstwirtschaftliche Fläche, um diese Bäume anzubauen. Nach dem Sturm Kyrill haben sich gerade die Anbauflächen im Wald mehr als verdoppelt. Das sind jetzt immerhin 4.000 Hektar. Wer durchs Sauerland fährt, sieht diese riesigen Flächen, auf denen unsere Weihnachtsbäume für die nächsten Jahre wachsen und geerntet werden sollen.

(Zuruf von der FDP: Wovon sollen die denn sonst leben?)

In Ihrem Antrag gehen Sie in einem kleinen Nebensatz darauf ein, es gäbe ein lokales Problem. Dieses Problem und dieser Ort heißt Bestwig. Wir können das beim Namen nennen. Dort haben sich nach dem Sturm Kyrill im Jahr 2007 Menschen in der Bürgerinitiative „Gifffreies Sauerland“ zusammengesetzt. Dort ist nämlich nicht die romantische Waldidylle mit Weihnachtsbäumen zu finden, wie Sie es gerade geschildert haben. Dort ist eine Plantagenwirtschaft entstanden, um möglichst kostengünstig Bäume zu produzieren.

(Zuruf von der FDP: Was ist daran giftig?)

– Herr Busen, das bedeutet einen enormen Einsatz von Dünger, von Bodenverbessern und von Pflanzenschutzmitteln.

(Zuruf von Karlheinz Busen [FDP] – Weitere lebhaftere Zurufe)

Ich erinnere an den ersten PFT-Skandal in Nordrhein-Westfalen, eingetragen in eine Weihnachtsbaumkultur. Damals waren Sie noch nicht im Landtag.

(Zuruf von Karlheinz Busen [FDP])

Ehrlich gesagt, stelle ich mir das Sauerland etwas anders vor als nur in Form einer reinen Plantagenwirtschaft. Wenn ich ins Sauerland fahre, möchte ich auch etwas anderes sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage es noch einmal: Monokulturanbau beeinträchtigt ganz wesentlich den Naturhaushalt. Da ist der Einsatz von Dünger und von Pflanzenschutzmitteln zu nennen. Es kommt wirklich zu einer deutlichen Belastung. Wenn Weihnachtsbäume zum Bei-

spiel mit Ballen ausgetragen werden, wird der ganze Boden mit abgetragen. Das hat einen ganz drastischen Einfluss auf Flora und Fauna.

Rein rechtlich sind auch diese Plantagen als Wald im Sinne unseres Landesforstgesetzes zu sehen, wenn sie auf Waldflächen liegen. Sie können dort ohne Genehmigung angebaut werden. Jede andere Anlage außerhalb der Waldflächen bedarf einer Umwandlungsgenehmigung. Das ist der Grund, warum diese Plantagen immer mehr in die Waldgebiete geteilt werden.

Aus unserer Sicht besteht daher Handlungsbedarf, weil es bisher keinerlei Instrumente gibt, das kontrolliert im Wachstum von Weihnachtsbaumkulturen auf den Weg zu bringen. Deshalb gibt es auch eine ganz klare Aussage im Koalitionsvertrag. Wann und wie dies geschehen soll, werden wir in aller Ruhe Anfang des Jahres für uns klären: Gibt es ein Landesforstgesetz, gibt es einen Antrag, in welcher Form werden wir es ändern?

Ich kann Ihnen nur sagen: Es wird eine praktikable Lösung gerade für kleine, aus der Tradition entstandene Weihnachtsbaumgebiete geben. Wir werden dafür ganz bestimmt eine Lösung finden.

(Zuruf von der CDU: Ach, wie gnädig!)

In Nordrhein-Westfalen sollten wir, wie auch in anderen Bundesländern üblich, den Anbau von Weihnachtsbaumkulturen im Wald im großen Stil überdenken. Ich hoffe, dass wir im Ausschuss davon auch die FDP überzeugen können.

Dass die Vielfalt an Bäumen, Herr Busen, auch in diesem Jahr zur Verfügung steht, kann man bei der CDU sehen. Die CDU hat ja sogar einen Weihnachtsbaum mit Doppelspitze erworben. Ich finde, das soll auch in den nächsten Jahren so bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Schick.

**Thorsten Schick (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frei nach Heinz Erhardt heißt es ja: Am Sauerländer Weihnachtsbaum die Kerzen, die erwärmen unsere Herzen, und des Kindes Auge lacht.

In Anbetracht der 8 Millionen Bäume, die aus dieser Region kommen, ist es wahrscheinlich, dass es wirklich Sauerländer Weihnachtsbäume sind, die für strahlende Gesichter in den nordrhein-westfälischen Wohnzimmern sorgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie ich gerade festgestellt habe, sorgt dieser Umstand bei den Koalitionsfraktionen und sicherlich

auch bei der Landesregierung weniger für funkelnde Augen, sondern vielmehr für tiefe Sorgenfalten, die mit der Änderung des Landesforstgesetzes weggebügelt werden sollen.

Richtig ist, dass die Art und Weise, wie Weihnachtsbäume gepflanzt und gezüchtet werden, uns nicht egal sein darf. Richtig ist, dass es an einer lokalen Stelle – um genau zu sein: in Bestwig – Proteste gegeben hat. Richtig ist, dass nicht sachgerechter Einsatz von Herbiziden und die damit zusammenhängende Belastung für die Anwohner und die Umwelt nicht toleriert werden darf. Richtig ist aber auch, dass dieses Thema in der Region sehr tiefgehend diskutiert wurde, Lösungen erarbeitet und zum Teil auch schon umgesetzt worden sind. Von daher ist die Frage berechtigt, ob die im Raum stehende Gesetzesänderung nicht überflüssig ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben im Sauerland doch nicht nur die großen Tannenbaumschonungen. Es gibt viele Waldbewirtschafteter, die Tannenbäume als Nebenerwerb verkaufen. Diese sind über das ganze Sauerland und auch über Strecken des Bergischen Landes verteilt. Das, was Sie, Frau Watermann-Krass, erleben, wenn Sie durchs Sauerland fahren, ist eine sehr selektive Wahrnehmung. Ich selbst lebe da, und ich bin auf der Suche nach diesen ganz großen Schonungen, die Sie hier benennen, nicht fündig geworden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es lohnt sich, diese Diskussion auch einmal aus Sicht der Weihnachtsbaumkäufer zu führen. Für viele Familie ist das eigenständige Tannenbaumschlagen längst eine Tradition geworden. Viele Familien fahren ins Sauerland, wo die Kinder mit Wald in Berührung kommen. Viele Betriebe haben diese Flächen nämlich direkt am Wald angelegt. Das belegen auch die Fakten.

Ungefähr 18.000 Hektar stehen für den Anbau von Weihnachtsbäumen im Sauerland zur Verfügung. Davon liegen gerade einmal 4.000 Hektar direkt im Wald. Zu dieser Ausweitung ist es doch nur gekommen – auch das gehört zur Wahrheit –, weil gerade einmal 2.200 Hektar nach Kyrill neu mit Weihnachtsbäumen aufgeforstet worden sind. Es handelt sich dabei doch nicht um eine Strategie, sondern um eine Notlage, die nach einer Naturkatastrophe entstanden ist. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Außerdem muss bei der Beurteilung einbezogen werden, dass im Sauerland gefällte Weihnachtsbäume sicherlich eine bessere Ökobilanz haben als Tannen, die von Polen und Tschechien angeliefert werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Rund ein Drittel der deutschen Weihnachtsbäume wird im Sauerland gefällt. Beziehe ich die angrenzenden Bundesländer wie Niedersachsen, Rheinland Pfalz und Hessen mit ein, dann ist das auch der Bevölkerungsanteil, den wir in Deutschland haben. Von daher decken wir den Bedarf auf dem heimischen Markt.

Angesichts der knappen Redezeit möchte ich nicht weiter auf die bürokratischen Hürden eingehen, die Sie mit Ihrer geplanten Gesetzesänderung aufstellen wollen.

Ich habe mit einem Gedichtsauszug von Heinz Erhardt begonnen, deshalb sei mir gestattet, dieses ernste Thema mit einem Augenzwinkern zu beenden. Wenn Heinz Erhardt heute noch leben würde und das Wirken unseres Umweltministers erleben könnte, würde er sicherlich etwas anders texten:

Johannes Remmel, der Minister,  
ist besorgt und blickt ganz finster,  
wachsen doch im fernen Sauerland  
Tannen frei von seiner Hand.  
Trotz der tiefen grünen Farbe  
haben sie die schöne Gabe,  
zu begeistern Jung und Alt.  
Das ist auch des Ministers Traum.  
Warum schafft das dieser blöde Baum?

Die Antwort liegt auf der Hand, Herr Minister Remmel. Deshalb schnell an Sie gewandt:

Die Tanne ist weitgehend stumm  
und eiert nicht fortlaufend mit neuen Gesetzen  
rum.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU  
und der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Schick, auch für die lyrischen Ausführungen. Hervorragend. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Rüße.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem vorliegenden Antrag und gerade auch bei dem Gedicht, das Sie zum Schluss vorgetragen haben, hatte ich schon das Gefühl, dass wir nicht mehr in der Weihnachtszeit sind, sondern schon ein Stück weiter, nämlich in der Zeit des Karnevals.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch und Unruhe von der CDU)

Wirklich ernst nehmen kann man den Antrag, den Sie hier heute vorgestellt haben – gerade auch den Titel und die ersten Zeilen –, überhaupt nicht. Man hat den Eindruck, es gibt nur zwei Möglichkeiten: Die eine besteht darin, dass Sie sich mit dem Thema bislang überhaupt nicht ernsthaft beschäftigt haben, dass Sie gar nicht wissen, worum es geht. Das wäre schade, würde aber den Antrag erklären.

Die zweite Möglichkeit wäre, liebe FDP – Ihre Ideologie von Freiheit und Markt geht Ihnen ja über alles –, dass Ihnen freies Unternehmertum eben auch über Natur, über Umwelt und über die Sorgen von Anwohnern geht.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Ich finde es schade, dass Herr Lindner jetzt nicht da ist. Ich habe nämlich am Wochenende eine interessante Debatte zwischen unserem Landesvorsitzenden, Herrn Lehmann, und Herrn Lindner mitbekommen. Da ging es um Gartenzwerge. Das fand ich spannend.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das war ich!)

– Genau, Sie waren auch dabei. – In dieser Debatte hat man festgestellt: Ihnen scheinen Gartenzwerge wichtig zu sein. – Uns sind sie nicht wichtig. Andererseits ist uns ein Fairtrade-Logo auf dem Gartenzweig wichtig, Ihnen aber überhaupt nicht. Spannend ist die Frage: Warum Fairtrade? Jetzt denken Sie: Warum kommt er mit Fairtrade?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Jetzt reiten Sie sich immer tiefer rein! – Weitere Zurufe)

– Hören Sie doch mal einen Moment zu, dann wissen Sie auch, worum es hier geht! – Fairtrade-Siegel sind ideal, um einen Ausgleich zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen zu schaffen. Dadurch können wir alles miteinander verbinden.

**(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)**

Wenn die Sauerländer Weihnachtsbaumanbauer das beherzigt hätten, dann wären wir ein ganzes Stück weiter. Es hat ja Gespräche gegeben. Wir haben große Veranstaltungen gehabt – ich war da, weiß aber nicht, ob Sie da waren –, wo es die Versprechen der Weihnachtsbaumanbauer gab: Ja wohl, wir haben verstanden. Wir ändern. Wir haben verstanden, dass die Anwohner nicht mehr ertragen, was dort passiert. – Haben Sie sich das Fair-forest-Siegel denn mal angeguckt?

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, Sie sind doch ahnungslos wie immer.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Das ist doch das Problem. Gucken Sie sich doch mal die Kriterien fürs Fair-forest-Siegel an. Das sind Allgemeinplätze, das sind Punkte, die sowieso schon in Gesetzen festgelegt sind. Das muss man nicht bei einem Siegel vorschreiben.

Vor wenigen Tagen gab es einen Brief der Verbraucherzentrale zum Thema „Fair Forest“. Darin schreibt die Verbraucherzentrale an Herrn Mütterich, einen der ganz großen Weihnachtsbaumanbauer, das sei wenig ambitioniert, und – das ist das

Wichtigste – das Siegel sei sogar ein wenig irreführend.

Dann kommt man mit einem solchen Siegel eben auch nicht mehr weiter. Kein Wunder, dass die Proteste der Menschen weitergehen. – So viel zum Siegel und zur Aussage, da habe vor Ort irgendein Ausgleich stattgefunden. Das alles hat nicht gereicht. Das Fair-forest-Siegel ist ein Witz!

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie entscheiden wieder?)

– Stellen Sie doch eine Frage, Herr Stamp, und rufen Sie nicht immer dazwischen!

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Wenn Selbstregulierung so versagt, wie sie hier versagt hat, dann ist am Ende eben der Staat gefordert, eine gewisse Regelung einzuziehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Sie sollten bei einem solchen Antrag auch nicht immer Worte wie „Kinderfreuden“ und „Weihnachtsbaumtradition“ benutzen.

(Heiterkeit von den PIRATEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Warum tun Sie das? Warum sagen Sie im Antrag nicht ehrlich, worum es Ihnen geht?

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sie wollen freie Fahrt für freie Weihnachtsbaumanbauer! Das ist Ihr Interesse! Darum geht es im Kern!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und von der FDP)

In der Realität vor Ort wurde die Gesetzeslücke schamlos ausgenutzt. Das ist die Realität!

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Nicht, dass Sie einen Herzinfarkt bekommen!)

Ich sage Ihnen eines, liebe Kollegen der CDU-Fraktion: Im Hochsauerlandkreis haben wir Grünen noch – ich sage: noch – keine Mehrheit.

(Heiterkeit und Zurufe)

Aber der Hochsauerlandkreis – da sind Sie von der CDU dabei gewesen – hat uns eine Resolution geschickt: Bitte ändert das! Kümmert euch! Ändert die Zustände rund um Bestwig! Macht, dass das so nicht mehr weitergeht! – Dann müssen Sie doch mit uns dafür kämpfen, dass wir eine Änderung hinkriegen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen noch etwas, weil hier so viel rumgefunktelt worden ist, die Weihnachtsbäume kämen aus Osteuropa. So ein Unfug! Es ist genau andersherum: Wir exportieren ein Drittel der Bäume aus

dem Sauerland nach Polen, nach Tschechien, nach Frankreich. Deshalb ist es völliger Quatsch, dass Sie davon ausgehen, wir hätten demnächst irgendwelche Baumimporte. In Polen kann man nicht mal Weihnachtsbäume anbauen. So sind die Tatsachen.

Zum Schluss sage ich Ihnen: Wir werden dafür sorgen, dass die kleinen traditionellen Weihnachtsbaumplanter weiterhin ihre Kulturen betreiben können. Aber klein heißt dann auch klein. Das heißt nicht 50 Hektar, 100 Hektar, 500 Hektar. Das wäre bei Ihnen ja auch alles klein. Das werden wir nicht machen. Wir werden mit unseren Regelungen, die wir einführen werden,

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie führen es wieder ein!)

dafür sorgen, dass die Überflutung des Marktes mit Weihnachtsbäumen aufhört und die kleineren Betriebe eine Chance haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Eine Sache zum Schluss: Die Überweisung lehnen wir natürlich nicht ab.

Ich wünsche Ihnen – das darf ich bei diesem Thema machen – schon jetzt ein frohes Fest und hoffe, dass Sie alle vielleicht unter einem Weihnachtsbaum feiern, der nicht die Umwelt, nicht die Natur und schon gar nicht die Anwohner geärgert oder geschädigt hat.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Wenn Sie solch ein Exemplar mal sehen wollen: Gehen Sie vor unseren Fraktionssaal, da können Sie sich das mal angucken. Ich glaube, das ist in diesem Jahr der schönste Baum, der im Landtag steht. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Ich habe den Eindruck, dass man sich bei diesem wichtigen Thema so in Rage reden kann, dass man die Bitte des Präsidenten, die Redezeit in etwa einzuhalten, völlig überhört.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das war bei dem Thema schwierig, Herr Uhlenberg! – Gegenruf von der FDP: Peinlich war das!)

Als Nächste hat für die Fraktion der Piraten Frau Brand das Wort.

**Simone Brand (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! O weh, was waren das für schreckliche dunkle Zeiten vor 2007, als traurige Kinder in grauen Stuben ohne Weihnachtsbaum das Weihnachtsfest begehen mussten!

(Heiterkeit von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Doch dann kam Kyrill und brachte die Wende.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN, der SPD, den GRÜNEN und Karl-Josef Laumann [CDU])

Denn von 2007 bis 2011 hatten wir einen Zuwachs an Weihnachtsbaumplantagen von 625 % zu verzeichnen. Als die Landesregierung bekanntgab, dass sie das Landesforstgesetz ändern will, wurden schnell alle noch vorhandenen Windwurfflächen mit Weihnachtsbaumplantagen zugepropft – teilweise wurden sogar Baumbestände gerodet –, sodass wir jetzt geschätzt 800 % mehr haben als vor Kyrill. Das reicht doch wohl langsam. Oder?

Daher stimmen wir der Landesregierung voll und ganz zu, diesem ganzen Treiben langsam mal Einhalt zu gebieten.

Ihr Antrag ist nicht nur überflüssig, er geht auch in die komplett falsche Richtung. Denn was bedeuten denn 800 % mehr? Schauen wir doch mal, was im Landesforstgesetz zum Wald steht. § 1 b: ... bedarfsgerechte Walderschließung unter größtmöglicher Schonung von Landschaft, Boden und Bestand, ... weitgehender Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, ... pflegliches Vorgehen, insbesondere bei ... Holznutzung und Holztransport.

Weihnachtsbaumplantagen sind davon allerdings reichlich weit entfernt. Hier werden Intensivskulturen mit einem massiven Einsatz von Herbiziden, Fungiziden, Insektiziden, Bodendüngern und vielem mehr betrieben.

Ach ja, stimmt! Es gibt ja jetzt das tolle neue Label mit einem Zehn-Punkte-Plan. Super! Das Beste ist, wie dieses Label heißt, nämlich „Fair Forest“. Unpassender kann ein Name nicht gewählt werden; denn Weihnachtsbaumplantagen sind kein Wald.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Dieses Feigenblatt der Anbauer, das Naturnähe vorgaukelt, wurde leider auch gänzlich ohne die notwendigen Ergänzungen der Bürgerinitiativen vor Ort zusammengestellt. Was fehlt, das sind massive Einschränkungen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel in Trinkwasserschutzgebieten und der Erosionsschutz.

Ganz super an dem Zehn-Punkte-Plan ist, worauf verzichtet werden soll: tallowaminhaltige Glyphosate. – Nee, toll, hat die EU leider schon längst verbo-

ten. Also ist das Ganze eine Nullnummer und bloße Augenwischerei.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Simone Brand (PIRATEN):** Nein, ich lasse zu diesem Thema keine Zwischenfrage zu. Danke.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Der nächste Punkt im Zehn-Punkte-Plan ist auch ganz toll: 50 cm Pufferstreifen zu Wildschutzzäunen! – Haben Sie sich mal überlegt, dass Pestizide nicht mit kleinen Spritzen in die Bäumchen injiziert, sondern als Aerosol verabreicht werden? Was nützen denn dann 50 cm? Das ist nix!

Dementsprechend ist die geplante Gesetzesänderung gut und wichtig. Es wird höchste Zeit, dass die Ausdehnung des Anbaus verhindert wird.

Es werden ja sogar Wälder gerodet, um schön die Subventionen zu kassieren. Ach, Subventionen gibt es auch noch? Ja, wenn die Flächen ein Jahr lang brachliegen und man anschließend aufforstet, kann man noch richtig schön abkassieren.

Wenn Sie richtig verfolgt, was die Landesregierung will, hätten Sie feststellen können: Es geht nicht um ein Verbot. Es geht nur darum, dass eine behördliche Genehmigung erforderlich ist. Ich habe auch gehört, dass von Bestandsschutz die Rede ist. Das heißt: So schlimm, wie Sie sich das vorstellen und schildern, wird es gar nicht.

Je mehr flachwurzelige, erosionsempfindliche Bepflanzung wir haben, desto mehr Schäden gibt es bei dem nächsten großen Sturm. Und ich finde: Kyrrill war schon schlimm genug!

Wir müssen die Megaausbreitung verhindern. Wir Piraten unterstützen deshalb die Pläne der Landesregierung.

Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, braucht kein Kind. Apropos Kind: Ich habe wie wahrscheinlich die meisten von Ihnen als Kind unter einem Weihnachtsbaum gesessen. Auch in zehn und in 20 Jahren werden Kinder das Weihnachtsfest unter Weihnachtsbäumen feiern. Das Abendland wird nicht untergehen, weil Sie Ihre Weihnachtsbaumplantagen nicht mehr „Wald“ nennen dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Brand, ich bin Ihnen dankbar: Wenn Sie heute an einem Wettbewerb um den sachlichsten Beitrag der Opposition teilgenommen hätten, hätten Sie heute den ersten Preis gewonnen. Herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Auch Ihnen, Herr Schick, bin ich dankbar für Ihre Ode, die Sie mit einer gewissen Eleganz vorgetragen haben. Sie werden von mir nicht erwarten, dass ich Ihnen in der Kürze der Zeit ebenso antworte. Ich verspreche Ihnen aber, bei der Debatte, die hier wahrscheinlich um das Landesforstgesetz geführt wird, wenn uns der konkrete Entwurf dazu vorliegt, in irgendeiner Weise auf der gleichen Ebene antworten. Bei Ihnen war im Wortbeitrag zumindest spürbar, dass Sie sich mit der Problematik auseinandergesetzt haben. Das war beim Antragsteller und der Antragsbegründung überhaupt nicht der Fall.

(Widerspruch von Dr. Robert Orth [FDP])

In der Tradition, in der Sie heute den Antrag gestellt haben, erwarte ich dann auch einen Antrag zur Osterzeit: „Rot-grüne Landesregierung gefährdet das Ostereii!“ In dieser Dimension muss man das einordnen. Der Problemlage, um die es geht, werden Sie in keiner Weise gerecht.

Um es nachdrücklich zu unterstreichen: Auch wir haben ein Interesse daran, dass der Weihnachtsbaum aus Nordrhein-Westfalen, dem Sauer- und Siegerland eine Marke wird, zu der man auch in Zukunft noch mit allem Nachdruck stehen kann.

Es ist schön, dass Sie sich mit dem deutschen Kulturgut „Weihnachtsbaum“ beschäftigen. Wenn Sie sich ähnliche Gedanken auch zur Nachhaltigkeit machen würden, dann wären wir ein ganzes Stück weiter.

Um was geht es denn konkret? Wir haben es mit zwei Problemlagen zu tun, die in der Diskussion schon genannt worden sind:

Die erste Problemlage – und darauf haben Sie keine Antwort gegeben –: Müssen Weihnachtsbäume mit Pestiziden, mit Totalherbiziden hergestellt werden? Auf diese Frage müssen Sie eine Antwort geben. Ich finde, dass das nicht notwendig ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin den Weihnachtsbaumbauern und -bäuerinnen dankbar, die sich gemeinsam mit der Landesregierung auf den Weg gemacht haben, im Rahmen von Musterbetrieben entsprechende Anbaumethoden als eine Entwicklung in die richtige Richtung nach vorne zu bringen. Insofern schätze ich auch das, was mit dem Siegel als erstem Schritt

in eine weitere notwendige Richtung auf den Weg gebracht worden ist: Wir brauchen eine Weihnachtsbaumkultur. Ich glaube, dass es möglich ist, dass die ohne diese Anbaumethoden auskommt.

Und das geht noch weiter. Wenn Sie mal in die betroffenen Gegenden gingen, würden Sie sehen: Ganze Hänge sind abgerutscht, weil es aufgrund der Anbaumethoden zu riesigen Erosionen gekommen ist. Auch das hat mit der Art und Weise der Bewirtschaftung zu tun, ist nicht nachhaltig und sollte von uns entsprechend bewertet werden.

Als zweites Problem müssen wir das lösen, was mit „4.000 ha“ umschrieben ist. 4.000 Hektar sind dem Wald nach Kyrrill verloren gegangen, weil dort großflächig Weihnachtsbaumkulturen angebaut worden sind.

Und die Frage haben Sie nicht beantwortet: Gehören Weihnachtsbaumkulturen zum Wald? Die von Ihnen getragene Bundesregierung hat das mit Blick auf die Kurzumtriebsplantagen anders gesehen. Sie hat klar gesagt, dass Kurzumtriebsplantagen nicht zum Wald gehören. Was aber sind Weihnachtsbaumkulturen und -plantagen anderes als Kurzumtriebsplantagen?

Es geht hier nicht um Wald, sondern um Plantagenwirtschaft im Wald. Sie wissen alle: Mit 26 % Anteil an der Landesfläche haben wir zu wenig Wald in Nordrhein-Westfalen. Unser gemeinsamer Wunsch ist es, mehr Wald zu haben, weil die Ressource Holz insgesamt in Zukunft immer wichtiger wird. Deshalb brauchen wir den Wald für die Ressource Holz, für nachhaltige Waldwirtschaft insgesamt. Wir brauchen sie nicht für Weihnachtsbaumkulturen, weil wir genug Fläche außerhalb haben, die dafür zur Verfügung steht.

Deshalb würde ich mir wünschen, Sie würden mit uns gemeinsam an diesem Problem arbeiten und auf solche Anträge, die an das Herz und an die Emotionen appellieren, aber die reale Frage nicht beantworten, zukünftig verzichten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist aber schade!)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/1621 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer der

Überweisungsempfehlung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

## **10 Reform des Bundesberggesetzes: Bergbau sichern, Anwohner schützen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1618

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Wirtz das Wort.

**Josef Wirtz (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im internationalen Vergleich belegt die deutsche Wirtschaft Spitzenplätze. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat uns zwar hart getroffen, allerdings waren die Auswirkungen weitaus weniger dramatisch als in anderen Ländern. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen ist es insbesondere der Bundesregierung gelungen, die Krise abzufedern. Vor allem die verhältnismäßig sehr geringe Zahl der Arbeitslosen ist ein eindeutiger Indikator dafür.

Klar ist aber auch: Würden wir nicht über eine so starke Industrie verfügen, würden wir heute nicht da stehen, wo wir sind. Unsere Industrie war und ist der Garant für wirtschaftliche Solidität in Deutschland. Deswegen müssen wir auch weiterhin vehement für die Stärkung des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen und Deutschland eintreten.

Zu den Faktoren, die für die Zukunft der deutschen Industrie ausschlaggebend sind, zählt eine zuverlässige und kostengünstige Energieversorgung genauso wie eine sichere Rohstoffversorgung. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien setzen wir deswegen insbesondere auf die heimischen Energieträger. Unsere Braunkohle ist im Energiemix ein unverzichtbarer Bestandteil.

Meine Damen und Herren, neben zahlreichen Vorteilen führt der Abbau von Rohstoffen aber auch immer wieder zu Konflikten mit Anwohnern und Umwelt. Daraus resultieren immer wieder Akzeptanzprobleme, die die Zukunft des Bergbaus zu beeinträchtigen drohen. Unser gemeinsames Ziel muss es daher sein, die Akzeptanz des Bergbaus und damit unserer heimischen Energieträger wieder zu erhöhen.

Ich möchte ausdrücklich betonen: Es muss unser gemeinsames Ziel sein. Bei diesem wichtigen Thema – davon bin ich fest überzeugt – brauchen wir eine breite Unterstützung im Parlament – sowohl hier als auch im Bundestag.